

Samst. wöch. Bezugspreis für Juni 3.— M. einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 20 J., die 2. Spalte 15 J., die 3. Spalte 10 J., die 4. Spalte 5 J., die 5. Spalte 3 J., die 6. Spalte 2 J., die 7. Spalte 1 J., die 8. Spalte 0,50 J., die 9. Spalte 0,25 J., die 10. Spalte 0,10 J., die 11. Spalte 0,05 J., die 12. Spalte 0,02 J., die 13. Spalte 0,01 J., die 14. Spalte 0,005 J., die 15. Spalte 0,002 J., die 16. Spalte 0,001 J., die 17. Spalte 0,0005 J., die 18. Spalte 0,0002 J., die 19. Spalte 0,0001 J., die 20. Spalte 0,00005 J., die 21. Spalte 0,00002 J., die 22. Spalte 0,00001 J., die 23. Spalte 0,000005 J., die 24. Spalte 0,000002 J., die 25. Spalte 0,000001 J.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Aufträgen u. Leistungen v. Schabenerfab. für unbest. u. d. Fernauf. überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingehende u. m. Rückporto nicht verfehene Manuskripte wer. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptredaktion: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Bindfaden
Gurte
Seilerwaren
Gebr. Heubinger
Seilerwarenfabrik
Dresden-A.
Zahngasse 10
Pflaumstr. 4
Tel. 1867-1868

Pelzwaren
Hüte
Mützen
O. Friedrich
Dresden-A.
Pillnitzer Str. 46
Ruf 27479

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Mittstadt 1, Pillnitzerstr. 17, (Telefon 2012)

Abends 6 Uhr sind Ihre Bilder fertig, wenn Sie mir Platten oder Filme bis morgens 10 Uhr bringen **Photohaus Wünsche**
Bekannt gute Ausführung Dresden, Ecke Moritz- und Ringstraße

Der amerikanische „Lehrmeister“

Die Gegenläufe: eine wohl ausgerüstete amerikanische Armee und Europas notwendige Rüstungsbeschränkungen

Die Ursache des Weltkrieges

Washington, 1. Juni.
Bei der Einweihung des Ehrenfriedhofes in Arlington in der Nähe Washingtons hielt Präsident Coolidge heute eine Ansprache, in der er ausführt, Amerika habe niemals eine besser ausgerüstete Armee

und eine mächtigere Flotte besessen als heute. Das gesamte Heereswesen und die gesamte Flottenmacht würden auch weiter den Bedürfnissen Amerikas entsprechend ausgebaut werden. Amerika dürfe seine nationale Sicherheit und seine nationale Verteidigung nicht vernachlässigen. Amerika habe, ohne sich aber dadurch in die Angelegenheiten anderer verwickeln zu lassen, seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, bei der Einsetzung von Schiedsgerichten mitzumachen.

„Kein Wissender kann bezweifeln,“ so erklärte Coolidge wörtlich, daß es in weitem Ausmaße Europas wirtschaftliche Verhältnisse waren, durch die die unter stärkstem Wirtschaftsdruck stehenden Länder Europas kopfüber in den Weltkrieg hineingetrieben wurden. Diese Länder waren durch Wettläufen in Anspruch genommen. Wenn ein Land einen Schiffschiff legte, so hielt das Nachbarland die Kiellegung von zwei Schiffen für notwendig. Wenn ein Land ein Regiment ausübte, so stellte das Nachbarland deren drei auf. Alle Völker Europas waren bewaffnet, wurden gedrillt und prämiert zum Schaden ihres industriellen Lebens. Die europäischen Nationen waren befeuert und verschuldet bis zur Unträglichkeit. Sie stöhnten unter dieser Last und suchten von diesem Druck sich zu befreien, indem eine die andere ausplünderte.

Amerika schlug die Konferenz von Washington vor, beteiligte sich an den Konferenzen von Genf und tat das alles in der Absicht, an der

Verhinderung künftiger Kriege

mitzuhelfen. Amerika erwartet von der Abrüstungskonferenz in Genf einige praktische Ergebnisse. Wir möchten glauben, daß andere Nationen sich uns anschließen, daß sie Haß und Mißtrauen so weit fallen lassen, daß sie unter sich selbst zu einer Einigung kommen. Diese Einigung ist eine Notwendigkeit für die ganze Welt. Sie wird gebraucht, um die militäri-

schen Kräfte zu Wasser und zu Lande in allen Ländern der Welt verringern zu können. Europa hat einen Völkerbund und dieser Völkerbund müßte fähig sein, den Ländern Europas gewisse politische Garantien zu geben, auf die wir allerdings kein Gewicht zu legen brauchen. Wir Amerikaner können nicht umhin deutlich unsere Überzeugung dahin auszusprechen, daß die europäischen Nationen Rüstungsbeschränkungen dringend benötigen.

Die Rheinlandbesetzung

Berlin, 1. Juni.
Reichskanzler Dr. Marx hat gestern mit dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete Langwerth von Simmern die Frage der Truppenstärke der Besatzungsmächte eingehend erörtert. Man nimmt an, daß Reichskanzler Marx und das Kabinett Veranlassung nehmen werden, auf Grund des Berichts des Reichskommissars diplomatische Schritte bei den Besatzungsmächten zu unternehmen, die auf eine Verabreichung der Besatzungstruppen abzielen.

Das Reichspostministerium für die besetzten Gebiete hat dem Reichstagsausschuß für Besatzungsfragen eine Denkschrift übermittelt, in der die amtlichen Zahlen über die gegenwärtige Besatzungsträfte in der zweiten und dritten Rheinzone enthalten sind. Danach befanden sich am 15. November 1925 80 250 Mann, heute 88 000 Mann fremde Truppen in diesen Zonen. Es ist also, wie nunmehr amtlich festgestellt wird, seit Räumung der ersten Zone ein Zustrom in die Zonen 2 und 3 eingetreten. Nach den Angaben der Denkschrift sind in dem angeführten Zeitraum 380 Wohnungen im Gebiete der zweiten und dritten Zone neu beschlagnahmt worden.

Die Tagung des Völkerbundsrates

Teilnahme Briands und Chamberlains.
Paris, 1. Juni.
Briand wird an der Junitagung des Völkerbundsrates teilnehmen, falls er nicht durch dringende parlamentarische Geschäfte verhindert wird. Sollte es ihm nicht möglich sein, nach Genf zu reisen, so wird ihn Paul Wonnacour vertreten. Chamberlain wird kommenden Montag in Genf einreisen.

Das Abkommen zu dritt

Rom — Belgrad — Paris.

Von einer besonderen diplomatischen Seite wird uns geschrieben:

Die bereits als bevorstehend angekündigte Fortsetzung der Besprechungen Rintschitschs mit Italien und Frankreich erleben ihren Auftakt in der Anwesenheit Rintschitschs in Paris. Anlässlich der ersten Rundreise Rintschitschs, dessen römischer Aufenthalt auf Anregung Mussolinis erfolgte, stand Jugoslawien vor den klar zutage tretenden Bestrebungen Italiens, zwischen der Freundschaft Italiens oder Frankreichs wählen zu sollen; das konnte Jugoslawien nicht, weil gute Beziehungen zwischen Belgrad und Paris durch die Vergangenheit traditionell und für die Zukunft nicht überflüssig sind; demgegenüber steht die drängende Opportunität eines guten Verhältnisses zwischen Rom und Belgrad; unterstrichen wurde diese Opportunität durch Italiens erneute Beweglichkeit in Albanien. Diese bezeugt schlagend, daß Jugoslawiens Außenpolitik römischen Wünschen Rechnung tragen muß, ohne damit Frankreich abzustößen — daher geht der Kompromißvorschlag Jugoslawiens auf ein Abkommen zu dritt

hinaus, das Jugoslawiens Balkanstellung garantierfähig festlegen und es damit befreien soll, in irgendwelche anderen Streitfragen in Mittel-, West- und Südeuropa hineingezogen zu werden.

Uebereinstimmung zwischen Rom und Belgrad

gettst, so trat für Jugoslawien die Notwendigkeit in den Vordergrund, darüber mit Frankreich zu einer

freundschaftlichen Klarheit zu gelangen; die Reise Rintschitschs nach Paris bedeutet daher keine Wendung der außenpolitischen Balkanlinie Jugoslawiens oder eine Umorientierung seiner Anlehnung, sondern die Absicht, im Interesse seiner berechtigten Selbstsucht seine unbedingte Neutralität in allen weltlichen Zwischenfallsmöglichkeiten garantiermäßig verbrieft und versiegelt, aktiv und passiv festzulegen.

Da dies Italien genügen, Frankreich aber nicht schädigen dürfte, so ist mit einem schließlichen Abschluß des Abkommens zu dritt auf dem Boden des jugoslawischen Kompromißvorschlages zu rechnen, wobei nur noch zu betonen ist, daß dadurch das Verhältnis Jugoslawiens zum Deutschtum in keiner Weise berührt oder beeinträchtigt wird.

Briand vor der Kammer

Paris, 1. Juni.
Die Morgenpresse erwartet, daß heute nachmittag in der Kammer eine wichtige Debatte über die allgemeine Politik der Regierung stattfinden werde. Nach dem „Devoir“ nimmt man an, daß Briand nach einem Exposé über die politische und finanzielle Lage ein klares Vertrauensvotum fordern wird. Im Laufe des für heute vormittag angeordneten Ministerates soll der Inhalt der Erklärung des Ministerpräsidenten festgelegt werden, zu denen die Parteien alsbald Stellung nehmen wollen. Besondere Bedeutung wird dem Beschluß der Radikalen beigemessen, die letzten Donnerstag zu fast gleichen Teilen für und gegen das Kabinett stimmten, besonders auch weil Briand gestern nachmittag eine längere Unterredung mit Malvy hatte, der den Auftrag haben soll, die radikale Kammerfraktion von den Absichten des Ministerpräsidenten in Kenntnis zu setzen. Man nimmt allgemein an, daß ein Vertrauensvotum für Briand ausstehen kommen wird.

Moralische Aufwertung

Von Dr. Rudolf Jokiell-Doppeln

Eine neue große Aufwertungsbewegung geht durch unser Volk. Die Spar- und Mäßigerverbände haben sich zu Sprechern der Unzufriedenheit gemacht, die es bei der durch das Aufwertungsgezet vom Jahre 1924 geregelten Aufwertung der Vorkriegsfordernungen nicht bewenden lassen wollen, sondern auf Kosten der Allgemeinheit eine höhere, möglich 100prozentige Aufwertung verlangen. Wenn manche Härte, von der der Kleinentner im hohen Lebensalter durch die geringe Aufwertung betroffen wurde, beseitigt werden muß, wozu ein Ausbau unserer sozialen Fürsorge erforderlich ist, so ist es doch sehr zu bedauern, daß die Spar-Organisierungen mit der Hoffnung auf geldlichen Gewinn eine solche Volksbewegung hervorriefen. Es werden hier Hoffnungen erweckt, die nicht erfüllt werden können. Es sollten den führenden Persönlichkeiten Bedenken aufstoßen, ob sie Erwartungen wachrufen dürfen, die bei ihrer Erfüllung den Bestand des gesamten Staatswesens gefährden müssen. Kann man mit Belzebub den Teufel austreiben? Will man durch eine neue Inflation die Schäden der ersten Inflation heilen? Wie will man denn die kommenden Schäden wieder gutmachen? Aber was das traurigste ist: Nachdem soeben der Volksentscheid zur Fürstenenteignung über die politische Bühne gehen soll und alle Leidenschaften, Haß, Neid und Zorn wachgerufen sind, soll ein neues Volksbegehren, diese letzte Sicherung der Volkssouveränität, mißbraucht werden, um Volksgenossen gegen Volksgenossen aufzuheben, um Forderungen an den Staat, d. h. doch an den Geldbeutel der Steuerzahler zu erheben, die nicht von politischer Vernunft, sondern von materiellen Ruhmtragungen diktiert sind. Darum ist das Bestreben der Regierung zu begrüßen, ein Volksbegehren in der Aufwertungsfrage zu verhindern.

Eine ganz andere Aufwertung tut uns not. Eine Inflation hat uns heimgesucht, die noch heute andauert, und die ein viel größeres nationales Unglück bedeutet, als die finanzielle Inflation des Jahres 1923. Es ist eine moralische Inflation, die wir bekämpfen. Die idealen Prinzipien jeder Staatskunst sind entwertet und verachtet. Wahrheit, Freiheit und Recht sind zu Schemen herabgesunken. Nationalismus, Liberalismus und Sozialismus suchen sich das Feld streitig zu machen.

Gegen das Prinzip der Wahrheit sündigt ein Nationalismus, dem alle Mittel recht sind, um wieder zu politischer Macht zu gelangen. Seine skrupellose Presse ergeht sich Tag für Tag in maßloser Verunglimpfung der gehabten Vertreter der Staatsautorität. Die Parteileidenschaft hat blind gemacht für jedes wahre Verdienst und jede wirkliche Leistung. In den urteillosen irreführenden Anhängerkreisen wird der Wahn großgezogen, daß der jetzige Staat und die in ihm mitentscheidenden Kräfte korrupt und aufs höchste der Nation schädlich sind. Unüberlegte Gewalt- und Racheakte werden so in unpolitischen Hitzköpfen hervorgerufen. Die Sabotage, die man den Untersuchungsausschüssen der Parlamente angedeihen läßt, die die Fremde und die Schuld vom Zusammenbruch 1918 aufhellen und damit Licht in die dunkelsten Kapitel deutscher Gegenwartsgeschichte bringen sollen, die Mißachtung, mit der man ihre Tätigkeit verfolgt, lassen doch ernste Bedenken aufsteigen. Auch die Leichtfertigkeit, mit der man sich über internationale Abmachungen und Verträge hinwegsetzen will und wenn schon nicht zum Bruch, so doch zu heimlicher Umgehung auffordert, ist doch weit entfernt, dem Prinzip der Wahrheit und der Ehrlichkeit zu entsprechen. Dunkle Pläne werden geschmiedet, um die Staatsgewalt in die Hand der eigenen Clique zu bekommen und nachher werden alle Pläne mit einer raffinierten Ablenkungskunst zu vertuschen gesucht. Und was das schlimmste ist, diese illegalen Bestrebungen scheuen vor den dunkelsten Entschlüssen nicht zurück, weil sie auf die Wilde einer Justiz hoffen, die ihnen ihren guten politischen Willen zugute hält. Wie wenig entspricht auch dem Prinzip der Wahrheit das in diesen Kreisen übliche Heranziehen anderer Nationen, besonders unserer ehemaligen Feinde, wodurch nur Völkerhaß und Völkerverachtung, aber nicht Völkerverbündung gefördert wird.

Eine andere große Geistesrichtung widerspricht dem zweiten Prinzip: der Freiheit. Das ist der Liberalismus, der wohl ein Freisein von etwas, aber nicht ein Freisein zu etwas kennt. Die Geldmächte haben unter seiner Führung eine Machtstellung errungen, die sie bru-